

Der Bund spart auf Kosten der Rentner

Das Defizit im Budget 1995 wird auf 6,8 Milliarden Franken gestutzt

Der Bundesrat dreht an der Sparschraube: Am Mittwoch hat er weitere 600 Millionen Franken aus dem Budget 1995 gestrichen – davon 200 Millionen bei der AHV.

■ VON NIKLAUS RAMSEYER, BERN

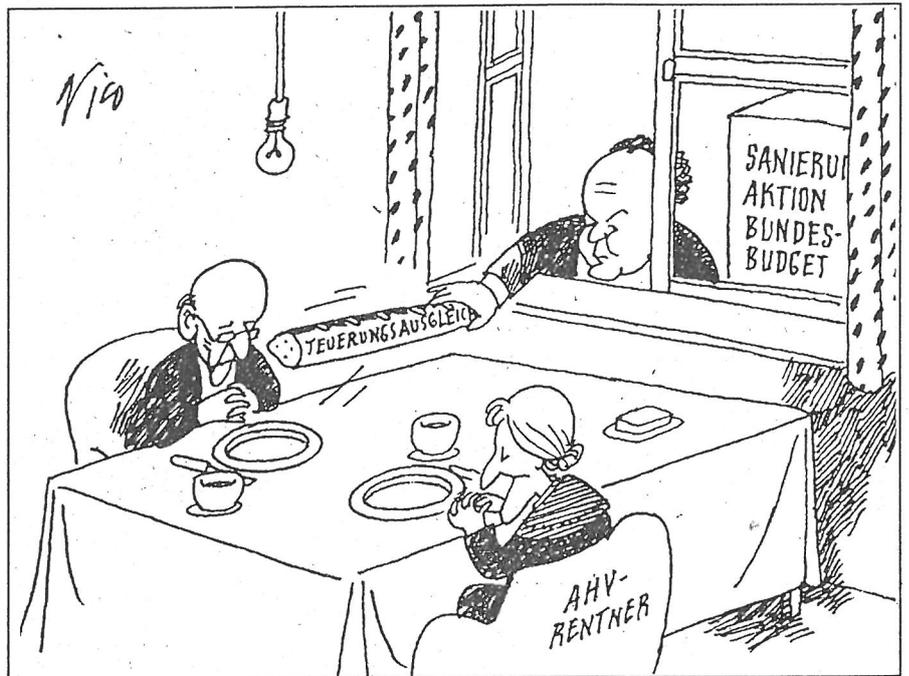
Jetzt kommen bei der Sanierung des Bundeshaushalts auch die alten Leute an die Kasse: Auf Druck der bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP, die letzte Woche zusätzliche Einsparungen um 1,5 Milliarden Franken beim Budget 1995 verlangt hatten, strich der Bundesrat gestern Mittwoch weitere 600 Millionen Franken aus dem Voranschlag.

Kein Teuerungsausgleich auf AHV-Renten

Mit 200 Millionen bei der AHV sollen die Rentnerinnen und Rentner dabei den grössten Beitrag zur Sanierung des Bundeshaushalts entrichten. Konkret heisst das, dass Anfang 1995 die AHV-Bezügerinnen und -Bezüger keinen Teuerungsausgleich erhalten. Die eidgenössische AHV/IV-Kommission hatte bereits 3,72 Prozent Ausgleich beantragt. Die tiefste einfache Rente wäre danach von 940 auf 975 Franken und die höchste Ehepaarrente von 2820 auf 2925 Franken pro Monat gestiegen. Daraus soll nun nichts werden.

Bauern werden geschont

Abstriche macht der Bundesrat aber auch bei den Investitionen in Verkehrsanlagen,



«Und nimm uns nicht noch unser täglich Brot.»

für die er nächstes Jahr 100 Millionen Franken weniger ausgeben will. Im Asylbereich will er 73 Millionen sparen – vorab auf Kosten der Kantone; und beim Bundespersonal 75 Millionen. Weitere Abstriche setzt es beim Militärdepartement (50 Millionen), bei der Entwicklungs- und Osthilfe (je 20 Millionen) und beim Wohnungsbau (10 Millionen). Geschont hat der Bundesrat diesmal hingegen die Bauern, die schon unter einer 30prozentigen Einkommenseinbusse lei-

den. Geschont hat er aber auch sich selbst: Er konnte sich nicht zur sofortigen Einführung des «Lohnopfers» durchbringen. Es sähe Lohnneubussen von 1 oder 2 Prozent bei Chefbeamten vor und Salärabstriche von 3 Prozent bei Magistraten, also auch bei Bundesrätinnen und Bundesräten, die über 300 000 Franken im Jahr verdienen.

Kommentar in der fünften Spalte
Bericht Seite 7

Bundesrat streicht weitere 600 Millionen

Gespart wird bei Alten, Flüchtlingen und Bundesbeamten

In einer stundenlangen Sitzung hat der Bundesrat gestern Mittwoch insgesamt 600 weitere Millionen aus dem Budget 1995 gestrichen und damit das voraussichtliche Defizit auf 6,8 Milliarden gedrückt. Er will das Zusatzsparprogramm den Räten in einem Zusatzbericht zum Budget im Dezember unterbreiten.

■ VON NIKLAUS RAMSEYER, BERN

Der Bundesrat habe «alle Möglichkeiten einer Verbesserung des Budgets 1995 eingehend besprochen», berichtete Vizekanzler Achille Casanova am Mittwochnachmittag. Jetzt schlage er dem Parlament weitere Abstriche in der Höhe von 600 Millionen vor, die in einem Zusatzbericht zum Budget den Räten Anfang Dezember en détail dargelegt werden sollen. Dabei handle es sich nicht um Streichungsmöglichkeiten à la carte, aus denen die Parlamentarier einfach auslesen könnten, betonte der Vizekanzler.

Grösstes Opfer bei der AHV

Die neusten Sparbeschlüsse der Landesregierung seien eine Folge der Forderungen seitens der bürgerlichen Parteien, fügte der Sprecher des Bundesrates bei. FDP, CVP und SVP hatten letzte Woche zusätzliche Einsparungen von satten 1,5 Milliarden gefordert.

Die zwei wichtigsten jetzt vorgeschlagenen Kürzungen bedingen Dringliche Bundesbeschlüsse durch die eidgenössischen Räte:

● So sollen AHV-Rentnerinnen und -Rentner nächstes Jahr keinen Teuerungsausgleich bekommen, was 200 Millionen Franken einspart. Die eidgenössische

AHV/IV-Kommission hatte bereits einen Ausgleich von 3,72 Prozent auf 1. Januar 1995 beantragt. Darauf sollen die alten Leute gemäss Bundesrat nun wieder verzichten. Das geht nicht ohne Dringlichen Beschluss durch die Räte.

● Weitere 73 Millionen möchte der Bundesrat im Asylwesen einsparen. Dabei sollen die Abgeltungen an die Kantone, die erst für 1996 und 1997 vorgesehen waren, schon nächstes Jahr pauschalisiert werden. Ferner will der Bundesrat den Lohnabzug für Verfahrens- und Rückschaffungskosten von 7 auf 10 Prozent erhöhen und von den Asylbewerbern auf die vorläufig Aufgenommenen ausdehnen. Beides erfordert einen Dringlichen Beschluss. Vorgesehen ist zudem eine Verzögerung und Staffellung der humanitären Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten.

Das EVED muss auf zusätzliche 100 Millionen bei den Verkehrsbauten verzichten, wobei noch nicht klar ist, welche Bauwerke das Departement Ogi genau zurückstellen wird. Einsparungen von weiteren 50 Millionen sieht das Sparpapier des Bundesrates beim EMD vor. «Damit sind die Abstriche im Verteidigungsbereich nun auf insgesamt 317 Millionen angewachsen», klagte EMD-Sprecher Daniel Eckmann nach Casanovas Pressekonferenz.

Nochmals 20 Millionen will der Bundesrat bei der Entwicklungshilfe kappen und gleichviel bei der Osthilfe. Abstriche um zehn Millionen plant er beim Wohnungsbau. Und 75 Millionen beim Bundespersonal.

Bauern und Bundesrat ungeschoren

Diese 75 Millionen ergeben sich aus der Streichung des Teuerungsausgleichs für 1995 und durch den definitiven Abbau von 120 Stellen im EMD, die ursprünglich in andere Bereiche der Bundesverwaltung hätten transferiert werden sollen. Diskutiert habe der Bundesrat auch über eine beschleunigte Einführung des sogenannten «Lohnopfers», berichtete der Vizekanzler: Dieses Opfer würde einen Lohnabstrich von 1 Prozent bei den mittleren und von 2 Prozent bei den höheren Bundesbeamten sowie von 3 Prozent bei den Magistraten – also auch beim Bundesrat – umfassen und 15 Millionen einsparen. Das habe der Bundesrat aber nicht beschlossen, sagte Casanova.

Keine Chance hatte auch ein Vorschlag, den Milchpreis nächstes Jahr erneut um 10 Rappen zu senken. Die Bauern, die in den letzten Jahren bereits einen Einkommensverlust um 30 Prozent hinnehmen mussten, hätten nun genug geblutet, habe Bundesrat Pascal Delamuraz argumentiert.

Über Kürzungen bei der Invalidenversicherung habe der Bundesrat auch nur diskutiert und nichts beschlossen, sagte Achille Casanova noch. Über die nun im neusten Sparpaket gefällten Beschlüsse habe Konsens geherrscht.